

VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

Christian Fejér

Thema:	Demokratie und Governance im Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungspolitik, Sicherheitsstrategien und Diplomatie
Veranstalter:	USAID
Art:	Konferenz
Datum:	12. – 13. Juni 2008

Die Schnittmenge von Governance und Sicherheit zu erkunden und sich mit neuen Gegebenheiten vertraut zu machen, unter denen Demokratieförderungen und der Einsatz für gutes Governance in Zukunft stattfinden werden. Das waren die Ziele einer von **USAID**, der amerikanischen Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, organisierten Konferenz zum Thema „**Democracy Promotion After the Third Wave: The Era of the Three Ds (Development, Defense, Diplomacy)**“.

Die demokratische Bewegung sei weltweit nicht auf dem Rückzug. Politische Analysten, die meinen, diesen Trend ausgemacht zu haben, seien Mitte der 1990er Jahre einer Illusion aufgesessen. Dies waren die abschließenden Worte von Professor **Steven Levitsky** von der **Harvard University** auf der zweitägigen Veranstaltung.

Während dieser Zeit stellten zahlreiche Referenten ihre Forschungsergebnisse zum Erfolg von durchgeführten Entwicklungsprogrammen sowie zu zukünftigen Herausforderungen beim Einsatz für Demokratie und gute Governance in spannenden Präsentation und kontroversen Podiumsdiskussionen vor.

Dawn Liberi, die den Stabschef des **zentralen US-Militärkommandos** bei der Entwicklung der zivil-militärischen Zusammenarbeit berät, argumentierte, dass die Entwicklungspolitik in Zukunft die gleiche Bedeutung wie die Verteidigung erhalten soll. Durch eine zivile und militärische Zusammenarbeit ständen den Hilfsorganisationen neue Ressourcen offen, die deren Einsatz effizienter machen können. **Linda Poteat** von **InterAction**, dem größten Netzwerk amerikanischer Entwicklungsorganisationen, stellte diesem Vorteil gegenüber, dass Helfer vor Ort häufig besorgt seien, wie die Zusammenarbeit mit dem Militär auf die lokale Bevölkerung wirke. Auch **Peter Manikas** vom **National Democratic Institute**, einer Organisation der Demokratischen Partei, die mit deutschen Stiftungen vergleichbar

ist, argumentierte in die gleiche Richtung: Die Glaubwürdigkeit einer Hilfsorganisation hänge von ihrer Distanz zum Militär, das von der lokalen Bevölkerung häufig als ‚Besitzer‘ wahrgenommen werde, ab.

Die Professoren **Mitchel Seligson** und **Neal Tate** von der **Vanderbilt University** stellten die Ergebnisse ihrer empirischen Studien zu den Auswirkungen des Einsatzes von USAID auf die Demokratiebildung und die Einhaltung von Menschenrechten vor. Demnach führt eine Steigerung der jährlichen Ausgaben für Demokratie und Governance durch die USAID um \$10 Millionen zu einem Anstieg des von dem unterstützten Land erreichten Freedom-House-Index-Werts von 0,25%-Punkten. Dies ist ein beachtlicher Wert, wenn man berücksichtigt, dass der Freedom-House-Index Werte zwischen 1 und 13 annehmen kann, und der Durchschnittswert bei den betrachteten Ländern bei 7 Punkten liegt.

Derick Brinkerhoff von **RTI International**, einem Forschungsinstitut mit dem Ziel menschliche Lebensumstände zur angewandte Theorie zu verbessern, stellte das Konzept der “good enough governance” für Post-Konfliktsituationen als Setzen von Prioritäten in Abhängigkeit des Kontextes vor. Man müsse sich immer fragen, für was, wen und wann ein Konzept *gut genug* sei.

Nach dem zweiten Irakkrieg seien viele Ausländer ohne Landeskenntnisse in das bis in die 80er Jahre für seine hohen Standards in der öffentlichen Verwaltung bekannte Land am Euphrat gekommen, die versucht hätten, innerhalb kürzester Zeit große Projekte in Bagdad zu realisieren. Dies sei eine Ursache für die aktuellen Probleme des Landes, berichtete **Larry Cooley**, der Präsident von **Management Systems International**. Nun sei man auch im Irak zum Konzept des “good enough governance” übergegangen und versuche, die dringendsten Probleme der einzelnen irakischen Ministerien zu identifizieren und zu beseitigen, bevor man weitere große Projekte anstoße.

Chris Mason vom **Center for Advanced Defense Studies** äußerte sich zur Situation in Afghanistan. Dieses Land unterscheide sich vollständig vom Irak, denn hier sei eine Führung historisch bedingt nur durch Dynastie oder den Islam legitimiert. Nach dem Ansatz der “good enough governance” müssten die Amerikaner aufhören zu versuchen, ein durch demokratische Wahlen legitimiertes Staatsoberhaupt installieren zu wollen. Wenn sie einen islamischen Staat

Afghanistan verhindern wollen, müssten sie zwangsläufig einen dynastisch legitimierten König einsetzen.

Professor **Jack Goldstone** von der **George Mason University** äußerte sich zu den Erfolgsaussichten von Demokratiebemühungen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Nach dem Konzept des demografischen Übergangs ließen sich zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase sei geprägt durch eine fallende Sterblichkeitsrate bei einer gleichbleibend hohen Geburtenrate, was zu Bevölkerungswachstum und steigender Nachfrage nach Infrastruktur wie Bildungseinrichtungen führe. In dieser Phase bestehe bei der jungen Bevölkerung zwar grundsätzlich Begeisterung für Neues, in diesem Fall Demokratie. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sei die Gesellschaft bei Rückschlägen in dieser Phase aber anfällig für autoritäre Lösungen. Daher solle man die Bemühungen für Demokratie auf Gesellschaften in der zweiten Phase, die durch eine sinkende Geburtenrate, eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums und ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen aufgrund der demografischen Dividende geprägt ist, konzentrieren.

Carolyn Logan von der **Michigan State University** stellte das *Afrobarometer* als Grundlagen für die Auswertung von Projekterfolgen in Afrika vor. **Professor Seligson** präsentierte anschließend das *Americas Barometer*, ein Instrument mit der gleichen Funktion wie das *Afrobarometer*, allerdings für den Einsatz in Südamerika. Der Professor zeigte, wie man diese erhobenen Daten auch zu Auswertungen nutzen kann, wenn die eigene Stichprobe durch Projektvorgaben nicht zufällig gezogen wurde. Zur Lösung dieses Problems empfiehlt er den „Difference-in-Difference“-Ansatz, nachdem man Unterschiede zwischen der eigenen und der vorhandenen nationalen Stichprobe erfasst und dann die Veränderungen in den Gruppen nach durchgeführten Projekten vergleicht.

Im abschließenden Plenum verwies **Jennifer Windson** von **Freedom House** darauf, dass sich die von ihrer Organisation erhobenen Daten in viele Richtungen interpretieren lassen. Daher müsse man aufpassen, nicht bloß Scheintrends zu finden. **Steven Levitsky** von der **Harvard University** konstatierte, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion alle Länder entweder als Demokratien oder doch zumindest als auf dem Weg hin zur Demokratie angesehen wurden. Daher scheine

es nun Rückschritte zu geben. Er verweist aber darauf, dass die meisten dieser Länder niemals Demokratien waren. Deswegen könne man annehmen, dass sich die Demokratie weiterhin grundsätzlich auf dem Vormarsch befinde.